



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) begrüsst die Mitglieder des Stadt- und Gemeinderates, die Besucherinnen und Besucher sowie die Medienschaffenden zur fünften Sitzung des Jahres 2017 in Stellvertretung der krankheitsabwesenden Stadtratspräsidentin Ruth Trachsel (EVP). Gemäss einem Telefonat gehe es ihr mittlerweile etwas besser. Seit letzter Woche arbeite sie bereits wieder zu 50%. Namens des Stadtrates wünsche er ihr auf diesem Weg alles Gute, so dass sie an der nächsten Stadtratssitzung auf jeden Fall wieder anwesend sein werde.

Damit das Büro des Stadtrates im Fall der Fälle am heutigen Abend komplett sein werde, sei in Anlehnung an Art. 14 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom Stadtratsbüro ein Tages-Vizepräsident ernannt worden. Aus der EVP/glp-Fraktion nehme Stadtrat Christoph Stäger (glp) den Platz des Vize-Präsidiums am heutigen Abend ein.

Per 30. September 2017 sei Stadtrat Ralph Burlon (SVP) aus dem Stadtrat ausgetreten. Dem neuen Stadtrat Patrick Fluri (SVP) wünsche er, dass er sich gut einlebe, sich gut einarbeite und möglichst viele gute Geschäfte im Rat werde mitberaten können.

Das Protokoll der Stadtratssitzung vom 11. September 2017 sei vorliegend und via Homepage der Stadt Langenthal einsehbar.¹ Unter Verdankung für dessen Verfassung erhalte die Protokollführung das Wort für den **Appell** zur heutigen Sitzung:

- 36 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.²
 - 2 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und Stadtschreiber Daniel Steiner (Sekretär Gemeinderat) sind anwesend.

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Der Versand der Traktandenliste sowie die Aktenauflage seien vorschriftsgemäss erfolgt und zur Traktandenliste liege kein Wortbegehren vor.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ <https://secure.i-web.ch/gemweb/langenthal/de/verwaltung/publikationen/?action=info&pubid=118904>

² Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 36 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 19.20 Uhr sind 37 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 19.50 Uhr sind 38 Stadratsmitglieder anwesend.
Ab 20.05 Uhr sind 37 Stadratsmitglieder anwesend.



1. Jahresrechnung 2018: Vergabe des Auftrages für die Prüfung der Rechnungsablage der Stadt für das Rechnungsjahr 2018 an eine verwaltungsunabhängige, externe Revisionsstelle

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Der Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission an den Stadtrat liege in schriftlicher Form vor. Die Berichterstattung erfolge durch ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission.

GPK-Mitglied Daniel Bösiger (SVP): Seit dem Jahr 2012 revidiere die Ernst & Young AG, Bern, die Rechnungen der Stadt Langenthal. Die Geschäftsprüfungskommission habe angesichts dieser Mandatsdauer beschlossen, ein Evaluationsverfahren durchzuführen, um die Rechnungsprüfung des Jahres 2018 einer neuen externen und unabhängigen Revisionsgesellschaft zu übertragen. Die Evaluation sei im freihändigen Vergabeverfahren und ohne die Durchführung eines formalen Submissionsverfahrens erfolgt, da der Schwellenwert des Vergabebetrag (Kosten für die jährliche Revision) deutlich unter Fr. 150'000.00 liege. Trotzdem habe die Geschäftsprüfungskommission beschlossen, sich an die Vorschriften des öffentlichen Beschaffungswesens anzulehnen und dazu ein detailliertes Pflichtenheft mit definierten Eignungs- und Zuschlagskriterien erstellt. Um dieses transparente und nach objektiven Kriterien geführte Verfahren zum Ziel zu führen, sei aus der Geschäftsprüfungskommission ein dreiköpfiges Ausschussteam gebildet worden.

Am 12. Juni 2017 sei die Gesamt-GPK informiert worden, dass von insgesamt 13 angeschriebenen Revisionsgesellschaften drei Angebote eingegangen seien. An dieser Stelle danke er dem GPK-Sekretariat (Janine Jauner und Gaby Heiniger) für die geleisteten Vorbereitungsarbeiten und die tatkräftige Unterstützung.

Am 15. Juni 2017 sei der GPK-Ausschuss zur Prüfung der drei Offerten zusammengekommen. In einer formellen Prüfung sei festgestellt worden, dass die Eignungskriterien von allen drei Offerenten erfüllt werden. Im Weiteren seien die Angebote der drei Anbietenden in Bezug auf die in der Ausschreibung und im Pflichtenheft festgelegten Zuschlagskriterien bewertet worden. Die BDO AG, Langenthal, habe gemäss dieser Bewertung und aufgrund ihres insgesamt überzeugenden Gesamtauftritts (Kriterien, Offerteneindruck, Anzahl Referenzen nach Berner Gemeinden, Erfahrung) die höchste Punktzahl erreicht, obwohl sie um Fr. 900.00 nicht das preisgünstigste Angebot abgegeben habe.

Die Gesamt-GPK folge dem entsprechenden Antrag des GPK-Ausschusses und beantrage dem Stadtrat, den Auftrag für die Revision der Rechnung 2018 an die BDO AG, Langenthal, zu vergeben.

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortbegehren gestellt werden.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- 1. Die BDO AG, Langenthal, erhält den Auftrag für das Mandat als verwaltungsunabhängige externe Revisionsstelle für die Prüfung der Jahresrechnung der Stadt Langenthal des Jahres 2018 nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen zum offerierten pauschalen Angebotspreis von Fr. 25'500.00 (inkl. MwSt.).**
- 2. Die Geschäftsprüfungskommission wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Protokollauszug an

- Gemeinderat



2. **Motion Baumgartner Renato (SP), Loser Roland (SP), Wüthrich Matthias (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2015: Bereitstellung der öffentlichen Akten in elektronischer Form** (am 25. Januar 2016 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt); **Antrag auf Verlängerung der Bearbeitungsfrist; Beschluss**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Der Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat vom 20. September 2017, inklusive der darin erwähnten Beilage, liege in schriftlicher Form vor.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Antrag zur Verlängerung der Bearbeitungsfrist werde dem Stadtrat einerseits aus formalen Gründen, die den verwaltungstechnischen und politischen Ablauf betreffen gestellt, andererseits und inhaltlich aber auch in der Überzeugung, dass ein Abwarten, den besseren Weg darstelle.

Die ursprüngliche Qualifizierung der Motion als Motion mit Weisungscharakter basiere darauf, dass die Umsetzung des Anliegens eine entsprechende Anpassung in der Geschäftsordnung des Stadtrates verlange. Bekanntermassen arbeite das Büro des Stadtrates bereits in einer um die Fraktionspräsidien erweiterten Besetzung an einer Gesamtrevisionsvorlage der Geschäftsordnung des Stadtrates. Nun noch eine weitere und damit vorgezogene Teilrevision der Geschäftsordnung des Stadtrates vorzunehmen, um das motionierte Anliegen umsetzen zu können, erscheine dem Gemeinderat nicht sinnvoll. Das Anliegen sei zudem bereits als Thema in die Beratung der laufenden Gesamtrevisionsvorlage eingeflossen.

Was den inhaltlichen Grund betreffe, so sei es ihm persönlich wichtig, dass der gesamte Bereich der Digitalisierung der Verwaltung nicht aus einem Flickwerk von verschiedenen Modulen und Anbietern bestehen werde. Produktangebote gebe es viele. Es wäre natürlich verlockend, einfach eines davon zu nehmen und dessen App zu verwenden, um die Gelüste der Ratsmitglieder nach einer elektronischen Aktenauflage kurzfristig zu befriedigen. Unter Umständen hätte dieses Vorgehen aber zur Folge, dass dieses System mit einem anderen System der Stadtverwaltung, womit eben die gesamte Digitalisierung organisiert werden soll, dereinst nicht kompatibel wäre. Am Schluss soll ein einziges System zur elektronischen Geschäftsverwaltung zur Anwendung kommen, das die politischen Organe umfasse und das letztendlich auch in eine möglichst automatische digitale Archivierung führe. Demgemäss und um diesbezügliche Schnittstellenproblematiken zu verhindern, seien weder unterschiedliche Anbieter, noch unterschiedliche Module erwünscht. Über das entsprechend erstellte Strategiepapier zum Vorgehen werde der Gemeinderat in Kürze debattieren und befinden können. Der Fortschritt werde nicht gratis zu haben sein. Die Kreditvorlage an den Stadtrat werde voraussichtlich bis im Sommer 2018 beschlussreif sein.

Motionär Roland Loser (SP): Von seinen zwei Mitmotionären sei mittlerweile einer in den Gemeinderat befördert worden und der andere aus dem Stadtrat ausgeschieden, was ein Zeichen dafür sei, dass seit der Einreichung des Vorstosses schon einige Zeit vergangen sei.

Grundsätzlich könne er mit dem von Stadtpräsident Reto Müller erwähnten Vorgehen leben, da es sicher gut und sinnvoll sei, eine Gesamtlösung zu suchen. In diesem Sinne werde er dem Antrag zur Verlängerung zustimmen.

Trotzdem rege er an, sich doch nicht immer und wirklich nach dem letzten Paragraphen richten zu müssen, da er davon ausgehe und dies schon immer gesagt habe, dass die gewünschten Dokumente bereits in elektronischer Form vorhanden wären. Der Einfachheit halber könnten die Dokumente beispielsweise den Fraktionspräsidien übermittelt werden, die diese ihrerseits auch einfach an Diejenigen verteilen könnten, die eine elektronische Zustellung möchten.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Dieses Vorgehen wäre seiner Meinung nach nicht nur einfach zu handhaben, sondern auch nicht verboten, da in der Geschäftsordnung des Stadtrates seines Wissens nichts in dieser Art stehe.

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, dass keine weiteren Wortbegehren gestellt werden.

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

- 1. Die Fristverlängerung bis zum 25. Juli 2019 für die Umsetzung der Motion Baumgartner Renato (SP), Loser Roland (SP), Wüthrich Matthias (GL) und Mitunterzeichnende vom 16. November 2015: Bereitstellung der öffentlichen Akten in elektronischer Form** (am 25. Januar 2016 als Motion mit Weisungscharakter qualifiziert und erheblich erklärt) **wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. Motion Hasler Beat (parteilos), Loser Roland (SP), Lüdi Simon (SP), Wüthrich Serge (GL) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017: Verlängerte Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe und einzelne Anlässe im Sommer; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Der Bericht und Antrag des Gemeinderates an den Stadtrat vom 20. September 2017, inklusive der darin erwähnten Beilage vom 11. September 2017, liege in schriftlicher Form vor.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Es handle sich um ein sehr sympathisches Anliegen, nämlich um mediterrane Nächte, welche insbesondere diesen Sommer oder diesen Herbst zum Tragen gekommen wären. Die Gewohnheiten hätten sich geändert, man gehe tendenziell später in den Ausgang und möchte daher auch etwas länger bleiben. Insbesondere wenn es schön und warm sei, möchte man draussen verweilen und sich nicht unbedingt drinnen aufhalten. Dies war das Anliegen, welches mit dieser Motion eingebracht wurde und welches der Gemeinderat als sehr positiv aufgefasst habe. Dem Beschlussesentwurf sei zu entnehmen gewesen, dass die Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert wurde, was aus seiner Sicht unbestritten sein dürfte. Auf der anderen Seite wurde durch den Gemeinderat beschlossen, dem Stadtrat zu beantragen, die Motion als erheblich zu erklären.

Der Motion sei zusätzlich angefügt worden, dass bereits verschiedene Gemeinden ein Konzept mit mediterranen Nächten führen. Im Laufe der Bearbeitung seien zudem noch andere Gemeinden aufgetaucht, welche sich mit der Thematik beschäftigen. Daher sei das Thema nicht nur in Langenthal sondern in verschiedenen Berner Gemeinden aktuell. Das Thema sei auch in der Geschäftsleitungskonferenz der Regierungsratsmitglieder behandelt worden.

Gewisse gesetzliche Grundlagen müssten beachtet werden, wenn eine Umsetzung des Konzeptes angegangen werden würde. Er wolle den beiden Beispielen, welche in der Motion erwähnt wurden, folgendes anfügen:

Beispiel der Stadt Bern: Die mediterranen Nächte seien in der Stadt Bern bereits umgesetzt. Der rechtliche Weg sei dort mit einem ordentlichen Baubewilligungsverfahren berücksichtigt worden, so wie es im Gesetz auch vorgeschrieben sei. Dies sei notwendig, wenn man mehr als 14 mediterrane Nächte im Jahr durchführen möchte, da so Regelmässigkeiten mit Lärmemissionen im öffentlichen Raum während der Nachtruhezeiten bestünden. In solchen Fällen müsse es gewissen anderen Interessierten, wie beispielsweise den Anwohnern möglich sein, ihre Äusserungen einzubringen. Im Rahmen eines Baubewilligungsverfahrens seien diese Voraussetzungen erfüllt.

Beispiel der Stadt Thun: Auf eine "handgestricktere" Art habe die Stadt Thun die Bewilligung erteilt. Der Gemeinderat der Stadt Thun habe im Rahmen einer anderen Bestimmung des Gastgewerbegesetzes entschieden. Diese Bestimmung besage, dass die Gemeinden selber entscheiden können, wann eine solche Nacht durchgeführt werden soll. Insgesamt 14 Nächte habe die Stadt Thun so bewilligt. Dieses Vorgehen sei jedoch ein wenig kritisch, da diese Freinächte eigentlich für spezielle Ereignisse gedacht wären. Ein solches Ereignis wäre zum Beispiel, wenn der Schlittschuhclub Langenthal Schweizer Meister wird, dann könnte die Stadt Langenthal entscheiden, dieses Ereignis im Sinne einer Ausnahme zu feiern. Dazu würde eine solche Freinacht eingesetzt werden. Als Standardvorgehen seien diese Freinächte jedoch nicht gedacht. Die Bestimmungen des Gastgewerbegesetzes würden mit diesem Vorgehen nämlich ausgehebelt. Entsprechend kritisch werde die Praxis von Thun in der Geschäftsleitungskonferenz der Regierungsratsmitglieder betrachtet und verfolgt. Im Moment gälten alle mediterranen Nächte als Pilotprojekte. Dasselbe würde im Falle einer Umsetzung für Langenthal gelten.



Wie kommen wir nun schlussendlich trotzdem zum Ziel, welches mit den mediterranen Nächten erreicht werden soll? Dies sei nicht wahnsinnig kompliziert, man müsse es lediglich umsetzen. Die Gastgewerbebetriebe hätten die Möglichkeit, an bis zu 12 Nächte im Jahr eine Überzeitbewilligung zu verlangen und einzugeben. Bei den mediterranen Nächten hingegen wäre es sinnvoller, wenn sich mehrere Gastgewerbebetriebe in einem gewissen Umkreis zusammenschliessen würden. Bei einem solchen Vorgehen wären verschiedene Möglichkeiten vorhanden. Jeder Betrieb könnte einzeln ein Gesuch einreichen oder die Betriebe könnten sich zusammenschliessen. Durch die Gründung eines Vereins oder in Form eines bereits bestehenden Vereins, wie beispielsweise der Stadtvereinigung, könnte dies realisiert werden. Das Gesuch müsste mindestens 20 Tage vor der ersten Freinacht eingereicht werden. Mit diesem einen Gesuch könnte man gleich alle 12 Nächte zusammen bewilligen lassen. Ein Hindernis bestehe aus seiner Sicht in der Wetterlage, wenn es an 11 von 12 Tagen regne, wäre einem nämlich auch nicht geholfen. Daher stehe man momentan in der Diskussion mit dem Regierungsrat, damit die Möglichkeit offen wäre, um die Freinächte frühzeitig abzusagen und diese anschliessend wieder hinten anzuhängen. Auch dieses Vorgehen wäre nicht ausgeschlossen.

Der Gemeinderat sehe das Projekt als durchaus positiv. Die Initiative der interessierten Gastgewerbebetriebe werde jedoch erwartet. Im Falle einer Umsetzung in Form von einem Pilotprojekt sollte man sich, aus der Sicht des Gemeinderates, auf die Örtlichkeiten der heutigen Restaurants beschränken. Selbstverständlich seien damit auch die bewilligten Gartenwirtschaften gemeint. Die Überstellung von öffentlichen Räumen, wie beispielsweise vom Wuhrplatz, mit Festbänken sei jedoch keine Option. Im Beispiel vom Wuhrplatz bestehe nämlich ein ausgehandeltes Nutzungskonzept. Aufgrund der relativ vielen Anwohner sei es sinnvoll, dass man in diesen Punkten gemeinsam nach einer Lösung suche.

Wenn die entsprechenden Betriebe das Interesse hätten und die notwendigen Vorkehrungen tätigen würden, wäre die Durchführung von mediterranen Nächten, durch die Einsetzung der 12 Freinächte, bereits möglich. Das Abspielen von Musik wäre bei dieser Umsetzung jedoch nicht erlaubt. In diesem Sinne stehe der Gemeinderat dem Anliegen sehr positiv gegenüber und man würde sich freuen, wenn von den betroffenen Gastwirtschaftsbetrieben entsprechend Initiative ergriffen würde.

Motionär Beat Hasler (parteilos): Die Ausführungen von Herrn Gemeinderat Markus Gfeller (FDP) seien sehr ausführlich und sehr positiv gewesen. Das meiste sei somit bereits erwähnt worden.

Mit der Motion vom 26. Juni 2017 hätten sie ein Anliegen aufgenommen, welches breit diskutiert werde und viele Menschen beschäftige. Die heisser werdenden Sommermonate führen offensichtlich dazu, dass am Abend viel mehr Zeit draussen verbracht werde, wie es in vielen südlichen Ländern bereits heute der Fall sei. Ein Anziehungspunkt wie der Wuhrplatz lade dazu ein, sich am Abend dort zu treffen. Diesem Umstand möchte mit der Motion Rechnung getragen werden.

Der Gemeinderat und der Stadtpräsident Reto Müller hätten zusammen mit dem Amt für öffentliche Sicherheit die Motion bearbeitet und beantwortet. Er bedanke sich für die umfassende Arbeit, welche geleistet wurde.

Bei den rechtlichen Abklärungen sei festgestellt worden, dass der Gemeinderat bereits jetzt die Mittel und die Möglichkeiten habe, die meisten Anliegen der Motion zu übernehmen und dafür zu sorgen, dass zukünftig einzelne längere Sommernächte bei Gastgewerbebetriebe möglich werden. Nach der aktuellen Praxis im Kanton Bern könnten die Behörden einzelnen längeren Öffnungszeiten für Innen- und Aussenbewirtschaftungen mittels maximal 12 gastgewerblichen Einzelbewilligungen zustimmen.

Mit der Motion solle erreicht werden, dass die Möglichkeiten ab dem nächsten Jahr ausgeschöpft werden. Dazu werden die Motionäre mit den Nutzerkreisen, mit den Restaurants und Bars mit Aussenbewirtschaftung Kontakt aufnehmen und sie dazu auffordern, gemeinsam ein Sammelgesuch für die Verlängerung einzureichen. Wie durch Herrn Gemeinderat Markus Gfeller (FDP) bereits erwähnt, müssten die Sammelgesuche mindestens 20 Tage vor dem ersten verlängerten Abend eingereicht werden. Zudem solle erreicht werden, dass der Gemeinderat von seinem Recht der Erteilung von Freinächten für eine maximaldefinierte Anzahl von grösseren Veranstaltungen Gebrauch macht.



Dies würde dem widersprechen, was Herr Gemeinderat Markus Gfeller (FDP) angetönt habe. Es sei sehr schade, wenn an Anlässen wie dem Street Food Festival Langenthal, dem Hoffest oder dem Wuhrplatzfest bereits um 00:30 Uhr abgebrochen werden muss. Um diese Zeit würden sich schliesslich noch viele Leute auf den Plätzen aufhalten. Die musikalischen Beiträge über längere Zeit würden bestimmt niemanden stören.

Der Gemeinderat werde darum gebeten, in den kommenden Jahren die vorhandenen Möglichkeiten einzusetzen. Der Stadtrat werde ersucht, der Motion mit Richtliniencharakter zuzustimmen. Parallel dazu würden die interessierten Nutzerinnen und Nutzer dazu aufgefordert, für die Bewilligungen selber aktiv zu werden; nach Möglichkeit im Verbund.

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Die SP/GL-Fraktion werde das Anliegen einstimmig unterstützen. Die Antwort des Gemeinderates und des Amtes für öffentliche Sicherheit sei überprüft worden. An der Fraktionssitzung sei die Frage aufgetaucht, wo die 12 Möglichkeiten für die Verlängerung einer Aussenbewirtschaftung genau herkommen. Der Eindruck bestehe, dass es sich um eine gelebte Praxis handle. Die genaue Regelung finde man im Gastgewerbegesetz jedoch nicht wirklich. Man hoffe sehr stark, dass die Aussagen, welche gemacht wurden, auch wirklich eingehalten werden können. Im nächsten Jahr werde man sicherlich auch verfolgen, ob die 12 Überzeiten auch wirklich ausgenützt wurden. Die Aussagen von Herrn Gemeinderat Markus Gfeller (FDP) bezüglich der Flexibilität seien sehr erfreulich.

Pascal Dietrich (FDP): Es handle sich um eine sympathische Motion, welche auch viele Leute beschäftige. Wenn man die Grundlageakten studiert habe, erkenne man, dass von Seiten der Verwaltung bereits viel und sehr wahrscheinlich auch gute Arbeit geleistet wurde. Allerdings sei aus seiner Sicht zu früh gearbeitet worden. Es liege eine Motion vor, über welche man an diesem Abend entscheiden solle, ob man diese als erheblich erklären will oder nicht. Die Arbeit, welche von der Verwaltung getätigt wurde, sollte aus seiner Sicht erst danach betrieben werden. Das System sei eigentlich auch so aufgebaut, dass dies erst nach einer Erheblicherklärung beginnen sollte. Im Falle einer Ablehnung wäre die gesamte Arbeit nämlich vergebens gewesen. Dies sei ihm immer wieder aufgefallen, hier handle es sich jedoch um ein extremeres Beispiel. Man könne so vermeiden, dass auf eine Erheblicherklärung gleich die Abschreibung folgt. Der Stadtrat und namentlich auch die Motionäre seien nicht ernst genommen, wenn man der Motion zustimme und diese dann gleichzeitig erledige. Dies sollte aus seiner Sicht anders laufen. Die Arbeit solle erst getätigt werden, wenn ein Vorstoss überwiesen wurde. Die Erläuterungen sollen als Anregung dienen.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Bezüglich der Frage von Roland Loser (SP) sei es tatsächlich so mit den 12 Nächten, auch wenn man es höchstwahrscheinlich nirgends finden werde. Es sei eine gelebte Praxis, dass 12 Nächte so bewilligt werden. Dies sei ihnen durch die Bewilligungsinstanz, nämlich den Regierungsverwaltung, zugesichert worden.

Für die Aussage von Pascal Dietrich (FDP) bezüglich der geleisteten Vorarbeiten der Motion habe er grundsätzlich sehr viel Sympathie. In diesem Fall habe es jedoch einen etwas anderen Hintergrund. Die heutigen gesetzlichen Grundlagen liessen bereits viele Möglichkeiten offen. Die Motionäre seien ernst genommen worden, gerade indem ihnen, unabhängig davon ob die Motion als erheblich erklärt werde oder nicht, aufgezeigt worden sei, dass bereits jetzt gewisse Möglichkeiten zur Durchführung von mediterranen Nächten bestünden. Zudem könne es auch mit seiner Sympathie für die Motion zusammenhängen, dass er etwas mehr Energie hineingesteckt habe.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

III Abstimmung:

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- I. **Die Motion Hasler Beat (parteilos), Loser Roland (SP), Lüdi Simon (SP), Wüthrich Serge (GL) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017:** Verlängerte Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe und einzelne Anlässe im Sommer **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 37 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):**

- II. 1. **Die Motion Hasler Beat (parteilos), Loser Roland (SP), Lüdi Simon (SP), Wüthrich Serge (GL) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017:** Verlängerte Öffnungszeiten für Gastgewerbebetriebe und einzelne Anlässe im Sommer **wird erheblich erklärt** und gleichzeitig **mit Verweis auf die Berichterstattung des Gemeinderates, im Sinne von Art. 34a Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates vom Protokoll des Stadtrates, abgeschrieben.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



4. Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017: Pilotprojekt für Schulsozialarbeit; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Von der Geschäftsprüfungskommission werde vorab ein Antrag zum vorliegenden Geschäft gestellt.

GPK-Vizepräsident Pascal Dietrich (FDP): Ein geflügeltes Wort besage, dass Sitzungen Anlässe seien, bei denen viele hineingehen aber wenig herauskommt. Mit Bezug auf die letzte Sitzung der Geschäftsprüfungskommission stimme diese Aussage insofern nicht, da nicht viele in die Sitzung reingegangen seien. Auch in der Langenthaler Geschäftsprüfungskommission laufe manchmal nicht alles fadengerade nach Plan, weshalb er namens der Geschäftsprüfungskommission den Stadtrat transparent und offen über den Grund des Antrags informiere.

Der Ursprung des Antrags sei wohl auf den geänderten Sitzungsrhythmus zurückzuführen. Die Geschäftsprüfungskommission als auch die Fraktionen treffen sich bekanntermassen seit diesem Jahr schon zwei Wochen – anstatt nur eine Woche – vor den Stadtratssitzungen. Das habe dazu geführt, dass die letzte Sitzung der Geschäftsprüfungskommission in die Herbstferien gefallen sei, was wiederum nebst den Absenzen gesundheitlicher Natur auch zu ferienbedingten Absenzen geführt habe.

Die Geschäftsprüfungskommission sei mit Ausnahme des vorliegenden Traktandums und während sie vergeblich auf den einen oder anderen zur Sitzung eingeladenen Gemeinderat gewartet habe, beschlussfähig gewesen. Der Stadtpräsident habe als Überbrücker fungiert und die Berichterstattung des Gemeinderates zum vorliegenden Traktandum übernommen.

Im Zusammenhang damit, dass mit Daniel Bösiger (SVP) ein Mitglied in der Geschäftsprüfungskommission Einsitz nehme, welches als Schulleiter des Schulzentrums Hard tätig sei, sei die Frage aufgetaucht, ob Daniel Bösiger allenfalls für die Beratung des vorliegenden Geschäfts in den Ausstand treten müsste. Diese Frage habe nicht auf Anhieb beantwortet werden können, was zur komischen und unangenehmen sowie unabänderlichen Konsequenz geführt habe, dass das Traktandum mangels Beschlussfähigkeit nicht habe abgeschlossen werden können. Demgemäss könne die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat am heutigen Abend keinen Antrag stellen.

Wer die Grundlageakten eingesehen habe, habe feststellen können, dass die beantragte Qualifizierung des Vorstosses nicht ganz eindeutig sei, da diese auch im Gemeinderat nur mit Stichentscheid beschlossen worden sei. Von daher wäre es interessant und wertvoll, wenn die Geschäftsprüfungskommission einen entsprechenden Antrag hätte stellen und diesen auch begründen können. Da dies aber nicht möglich gewesen sei, beantrage die Geschäftsprüfungskommission dem Stadtrat, die Beratung des Geschäfts per Rückweisungsantrag um eine Sitzung zu verschieben. Der Rückweisungsantrag sei dahingehend zu verstehen, dass der Gemeinderat das Geschäft für die nächste Stadtratssitzung am 27. November 2017 einfach traktandiere, ohne noch einmal etwas daran machen zu müssen.

Selbstverständlich stehe es dem Stadtrat frei zu entscheiden, ob der Rückweisungsantrag unterstützt werden soll oder nicht. Der Geschäftsprüfungskommission wäre es aber sehr daran gelegen, dem Stadtrat einen Antrag vorlegen und fundiert begründen zu können, weil es aufgrund der komischen Konstellation schade wäre, einfach über die Meinung der Geschäftsprüfungskommission hinwegzugehen und diese bei der Entscheidung im Stadtrat einfach aussen vor zu lassen.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission danke er für die Unterstützung des Rückweisungsantrags, womit das Geschäft für die nächste Stadtratssitzung traktandiert werde.



Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) stellt zu Händen des Protokolls fest, den Rückweisungsantrag der Geschäftsprüfungskommission entgegenzunehmen und die folgende Beratung auf diesen Antrag einzuschränken.

Motionär Daniel Steiner-Brütsch (EVP): In Art. 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates sei klar festgehalten, dass die Geschäftsprüfungskommission den Antrag des Gemeinderates betreffend die Qualifizierung von Motionen überprüfe und entsprechend Antrag stelle. Seines Erachtens handle es sich um ein im Stadtrat schon oft diskutiertes und damit brisantes Thema. Demgemäss sei es wichtig, dass das Geschäft den korrekten und regulären Weg nehme, indem die Geschäftsprüfungskommission Stellung zur Qualifizierung der Motionen beziehe und auch eine inhaltliche Prüfung dazu vornehme. Aus diesem Grund und weil er interessiert daran sei, dass das Geschäft von Grund auf im Stadtrat beraten werden könne, werde er den Rückweisungsantrag der Geschäftsprüfungskommission unterstützen.

Er hoffe, dass die Beratung an der nächsten Sitzung stattfinde werde, um nicht noch in Gefahr zu laufen, dass eine Beschwerde dazu eingehe. Gemäss Art. 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates bestünde durchaus die Chance, als "Gewinner oder Verlierer" Beschwerde dagegen zu führen.

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Das beantragte Vorgehen (Rückweisungsantrag) sei seiner persönlichen Meinung nach nicht sympathisch. Die Geschäftsprüfungskommission sei die vorberatende Kommission des Stadtrates, womit sich diese organisieren müsse. Die Traktandenliste sei seit längerem bekannt. Wenn jemand in der Geschäftsprüfungskommission fehle, müsse halt eine Sondersitzung eingeschaltet werden, damit die Geschäfte ordentlich vorbereitet werden können.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Der Gemeinderat möchte weder dem Rat noch dem Motionär im Wege stehen, was den Rückweisungsantrag betreffe, obwohl nach Ansicht des Gemeinderates auch einer Abstimmung zum Thema selber am heutigen Abend eigentlich nichts im Wege gestanden hätte.

III Abstimmung:

- **Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):**

Dem Rückweisungsantrag der Geschäftsprüfungskommission (Verschiebung der Beratung) wird zugestimmt. Die Motion Steiner-Brütsch Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2017: Pilotprojekt für Schulsozialarbeit wird zur Traktandierung für die Stadtratssitzung am 27. November 2017 an den Gemeinderat zurückgewiesen.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. **Interpellation Dietrich Pascal (FDP) vom 26. Juni 2017: Spielplatzkonzept und Neugestaltung der Kinderspielplätze in Langenthal; Beantwortung**

I **Eintretensfrage:**

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II **Detailberatung:**

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat möchte, dass die Kinder spielen können. Den Spielen bedeute Lernen, und Lernen mache hoffentlich mindesten so viel Spass wie Spielen. Im Fachbegriff nenne man dies "Gamification" und der Gemeinderat möchte mehr davon in Langenthal. Sie wollen Erlebnis, sie wollen Räume für Kinder zulassen, welche sie sinnvoll bespielen können. Der Gemeinderat habe sich gefragt, ob es immer ein Spielplatz sein muss. Die Antwort laute Nein. Spielt der Ort eines Spielplatzes wirklich eine so grosse Rolle für ein Kind? Die Antwort laute wieder Nein. Auch der Wald, eine Quartierumgebung, ein privater Garten oder ein öffentlicher Schulhausplatz solle ein angstfreier, für Kinder erschlossener, zweckmässiger und bespielbarer Raum sein. Zu diesem Gelingen müssten Viele etwas beitragen. Zum Beispiel die Eltern, welche ihre Kinder begleiten, beispielsweise auf dem Pixie- und Murkelpfad, Autofahrer, welche sich gemässigt in den Tempo 30 oder auch in den Tempo 50 Zonen von den Quartieren der Stadt Langenthal bewegen und es brauche auch Toleranz von Anwohnenden rund um die Schulhäuser. Der Gemeinderat könne mit dem Investitionsplan und mit den Investitionen in die bestehenden Kinderspielplätzen ein Zeichen setzen, was er auch gemacht habe. Der Gemeinderat wolle zukünftig wieder in Kinderspielplätze investieren und habe eine Modernisierung in den Investitionsplan 2018 aufgenommen. Nach drei Projekten "änet de Gleis" sei nun geplant, auf dieser Seite der Gleise ein Projekt in Angriff zu nehmen. Das Schulhaus Hard solle zum Zuge kommen. Dies sei einleitend als Bemerkungen zu den Fragen von Interpellant Pascal Dietrich (FDP) gedacht. Die Interpellationsfragen würden wie folgt beantwortet:

Wie ist der Stand in der Umsetzung des Spielplatzkonzepts?

Drei Spielplätze seien wie erwähnt bereits saniert worden. Dies betreffe die Spielplätze "Haudeli" und "Rumipark" aus der Priorität 1, der Seite 6 vom Bericht "Städtische Kinderspielplätze Konzepte und Massnahmenplan". Zudem sei der Spielplatz im Areal des Kreuzfeldschulhauses saniert, welcher mit der Priorität 2 bewertet gewesen sei.

Was ist der Grund für die Verzögerungen?

Aufgrund anderer grosser und ressourcenbindender Bauvorhaben (zum Beispiel das Stadttheater, die 3-fach-Turnhalle Hard, der Strassen im Zentrum) oder den ortsbedingten Erkenntnissen (wie beispielsweise die Schadstoffbelastungen im Boden beim Reitplatz oder im Tierpark), sei der Realisierungsrhythmus in der Umsetzung des Spielplatzkonzepts im Investitionsplan zwischenzeitlich gestreckt worden.

Welches sind die nächsten Schritte beziehungsweise Umsetzungsprojekte und wann werden diese zeitlich erfolgen?

Wie erwähnt sei die nächste Umsetzung eines weiteren Spielplatzstandortes im Investitionsplan 2018 vorgesehen.

Wie stellt sich der Gemeinderat heute zum Anliegen eines zentrumnahen Erlebnisspielplatzes (Vergleich erheblich erklärte und leider bereits vor Erfüllung abgeschriebene Motion Steiner-Thaler)?

Der Bericht "Städtische Kinderspielplätze Konzepte und Massnahmenplan" sei die Grundlage für die Konzeption von den Spielplätzen. Das Kapitel "Konzept" auf den Seiten 5 bis 6 beschreibe grundsätzlich die Art und den Typ des angestrebten Spielplatzes. Darauf basierend seien die Kosten im Bericht geschätzt und der Standort bestimmt worden. Der Bericht sei dem Stadtrat im Rahmenkreditbeschluss vorgelegen. Aus Sicht des Gemeinderates sei das Spielplatzkonzept ein integrierter Bestandteil des Rahmenkreditbeschlusses des Stadtrates. In der Beratung sei deutlich geworden, dass der Gemeinderat die Frage vom Zentrum in Langenthal als nicht eminent betrachte.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Was bedeute das Zentrum in einer kleinräumigen Stadt wie Langenthal: sollen die Kinder im Dorfzentrum spielen oder nicht doch besser im Quartier oder im Wald? Aus der Sicht des Gemeinderates könne ein Spielplatz wie der "Rumipark" ebenso als zentrumsnah erachtet werden. Insbesondere der Ansatz, dass die Spielplätze über das gesamte Stadtgebiet verteilt werden sollen, werde vom Gemeinderat gestützt. Inert einem Fussmarsch von wenigen Minuten sollte immer ein Spielplatz erreichbar sein. Ausserdem schütze sich die Stadt so vor einem Spielplatztourismus, welcher ein weiteres Verkehrsaufkommen mit sich ziehen würde. Das Konzept sei bezüglich der Standorte mit dem Rahmenkredit gegeben. Anstelle des Reitplatzes könne, je nach weiterer Entwicklung der ehemaligen Deponie, ein Ersatzstandort gesucht werden oder in Frage kommen. Dabei sei die Verteilung zwischen dem nördlichen und dem südlichen Stadtgebiet zu beachten.

Zieht er eine Modifikation beziehungsweise punktuelle Überarbeitung des Spielplatzkonzepts in Betracht, um beispielsweise den neuen Spielplatz Langete (vgl. S. 24 des Konzepts und Massnahmeplans, Beilage 2 zum Traktandum 5 der Stadtratssitzung vom 20. August 2012) anstatt als Quartierspielplatz als Erlebnis-spielplatz zu gestalten (ähnlich wie der Spielplatz beim Kursaal in Thun)?

Der Gemeinderat habe in Thun leider keine Begehung gemacht. Die Spielplätze sollen viele und möglichst vielfältige Erlebnisse garantieren. Zudem sei der Gemeinderat der Auffassung, dass die Realisierung der Spielplätze auf der Basis des bestehenden Konzepts umgesetzt werden soll. Wie erwähnt, sei dies eine Beilage bei der Beschlussfassung zum Rahmenkredit gewesen. Sollten sich hierauf dennoch weitere Bedürfnisse akzentuieren, wären zum Zeitpunkt der vollumfänglichen Umsetzung des Konzeptes gegebenenfalls weitere Massnahmen zu ergreifen. Dies bedeute für die nähere Zukunft, dass für jeden einzelnen Spielplatz ein Konzeptvorschlag mit den entsprechend geplanten Erlebnissen erarbeitet würde. Dieser Vorschlag bewege sich im Rahmen der geschätzten Kosten, welche auf den Bericht "Städtische Kinderspielplätze Konzepte und Massnahmenplan" und den Vorgaben des Rahmenkredits basieren. Die Spielplätze in Langenthal würden innerhalb von diesem Kostenrahmen konzipiert und umgesetzt.

Interpellant Pascal Dietrich (FDP): Er habe die Betonung von Herrn Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP) auf die "kurze Stellungnahme" erhört. Schon nur die Aussprache des Wortes "Vize-Stadtratspräsident" nehme eben etwas mehr Zeit in Anspruch. Er danke dem Gemeinderat herzlich für die Beantwortung der Interpellation. Ausgenommen von ein paar wenigen Fachbegriffen, habe er alles verstanden. Er sei mit der Sicht des Gemeinderates einverstanden und sei froh über dessen Ansicht.

Am 20. August 2012 sei der Kredit von Fr. 1'800'000.00 beschlossen worden. Damals sei er der Auffassung gewesen, dass es sich um sehr viel Geld handle. Er sei sehr für die gute Gestaltung der Spielplätze gewesen, trotzdem handelte es sich um eine Menge Geld. Er habe damals trotzdem zugestimmt. Wenn man nun zurückschauen, könnte man nicht meinen, dass mit dem Geld viel umgesetzt wurde. Ihm sei bewusst, dass die Stadt Langenthal viele grosse Bauvorhaben habe und, dass das Stadtbauamt dadurch bestimmt nicht unterbeschäftigt sei. Trotzdem wolle er sich nun nach dem Stand der Fr. 1'800'000.00 erkunden, welche am 20. August 2012 gesprochen wurden. Ein weiterer Grund für die Motion sei die Motion von Frau Anita Steiner-Thaler gewesen, die abgeschrieben wurde, obschon man nirgends im Zentrum einen Erlebnisspielplatz auffinden könne. Einverstanden sei er auch mit der Diskussion um die Definition des Zentrums. Man könne auch einen guten Erlebnisspielplatz haben, welcher sich nicht direkt im Zentrum befinde. Tatsache sei jedoch, dass sich bis heute kein Erlebnisspielplatz in Langenthal befinde. Den Spielplatz "Rumipark" könne man schliesslich nicht als Erlebnisspielplatz kategorisieren. Einige behaupten sogar, der Spielplatz sei für die Kinder vor der Sanierung interessanter gewesen. Wenn man die Spielplätze anderer Gemeinden betrachte, erkenne man seiner Meinung nach, dass dort mit weniger Geld mehr erreicht wurde. Dafür müsse man nicht unbedingt auf Thun, dies wäre lediglich ein besonders gutes Beispiel gewesen, man finde auch in der Gemeinde Erlach oder in den Nachbargemeinden Lotzwil oder Bützberg gute Beispiele. Daher die Anregung zum Vergleich mit anderen Gemeinden. Man könnte so Beispiele sammeln und sich Gedanken zu Optimierungen machen, damit es nicht so heraus komme, wie es im "Rumipark" der Fall sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Er sei sehr optimistisch für die Zukunft, da der Gemeinderat mittlerweile mit mehreren Vertretern, welche kleine Kinder haben, besetzt sei. In fünf Jahren werde er sich erneut nach dem Stand erkunden, sofern er bis dahin noch ein Mitglied des Stadtrates sei.

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP): Auf die Anmerkung von Stadtrat Pascal Dietrich reagiere er seinerseits damit, dass es ihm als Vorsitzender der heutigen Sitzung ein Anliegen sei, bis um 20.00 Uhr alle traktandierten Geschäfte abgeschlossen zu haben, was ja nun auch der Fall sei.

III Abstimmung: Keine.

- **Der Stadtrat nimmt die mündliche Beantwortung des Gemeinderates vom 23. Oktober 2017 sowie die Ausführung des Interpellanten zur Kenntnis.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



6. Parlamentarische Fragestunde

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Zu insgesamt 11 Themen seien total 31 Fragen eingereicht worden. Die Beantwortung der Fragen durch das jeweils zuständige Gemeinderatsmitglied erfolge in der Reihenfolge, wie die Themen eingereicht worden seien. Vorweg merke er an, dass einer langen Antwort nicht zwingend eine besonders gute Frage vorausgegangen sein müsse, sondern, dass sich die Person, die die Antwort geben müsse, nicht kurz fassen könne, was vor allem auf ihn selber zutrefte.

■ **Fragen von Stadtrat Beat Hasler (parteilos) zum Thema 1: Nutzung Alte Mühle:**

1. *Wie sieht aktuell die Situation für die Alte Mühle betreffend Nutzung aus?*
2. *Hat der Gemeinderat konkrete Nutzungspläne erarbeiten können?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Reto Müller Reto (SP):**

1. Per Ende Oktober 2017 laufe der Mietvertrag der Stadt Langenthal (Stadttheater) mit der Stiftung Mühle Langenthal aus. Während der Zeit dieses Mietvertrages sei die Gratisnutzung nur eingeschränkt möglich gewesen, weil ein grosser Teil der Räume durch das Stadttheater belegt war.

Der Gemeinderat habe in Absprache mit dem damaligen Stiftungsrat die Nutzungsregeln für die verfügbaren Räume der Alten Mühle – für die Zeit nach dem Konkurs der Firma Stampfli Gastro & Hotel GmbH – mit Beschlüssen vom 10. Dezember 2014 festgelegt. Gemäss diesen Beschlüssen sei die Gratisnutzung für berechnete Kreise ausserhalb der Schulferienzeiten möglich. Die Administration der Gratisnutzung erfolge am Einwohnerschalter der Stadtverwaltung. Die Vermietung (Überlassen von Räumen gegen Entgelt) von Räumen sei zurzeit nicht möglich, weil zur Rechnungsstellung die Administration fehle. Auf dieser Basis werde ab 1. November 2017 die Gratisnutzung wieder für alle verfügbaren Räume angeboten.

2. Der Stadtrat habe am 17. August 2015 den Antrag des Gemeinderates betreffend die Finanzierung einer Machbarkeitsstudie, für die vom Gemeinderat mit einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Syntheseidee zur neuen Nutzung des Gebäudes der alten Mühle, mit Auflagen zurückgewiesen. Die Auflagen des Stadtrates haben Abklärungen zur Auflösung der Stiftung Mühle Langenthal und zur baurechtlichen Möglichkeit des Rückbaus des Mühlesilos verlangt. Die entsprechenden Ergebnisse lägen heute in Form schriftlicher Stellungnahmen der zuständigen kantonalen Ämter vor. Weiter habe der Gemeinderat mit den Fraktionspräsidien die Auflage betreffend den vom Stadtrat ultimativ geforderten Abbruch des Mühlesilos besprochen: Die Fraktionspräsidien haben sich damals einverstanden erklärt, auch mit einem Bestehenlassen des Gebäudes "leben" zu können, solange die Stadt nicht in das Gebäude investiere.

Der Stadtrat habe im Rahmen der Rückweisung der Machbarkeitsstudie zur Syntheseidee am 17. August 2015 auch verlangt, dass dem Stadtrat ein Bericht vorgelegt werden soll, welcher die verlangten Abklärungen sowie Vorschläge zum weiteren Vorgehen (formal [Arbeitsgruppe, etc.] und inhaltlich) beinhalte. Der Gemeinderat habe vor einigen Wochen beschlossen, die Syntheseidee nicht weiterzuverfolgen, sondern grundsätzlich und neu, den Weg über die Durchführung einer Testplanung über das gesamte Mühleareal zu beschreiten. Ein entsprechender Antrag an den Stadtrat werde nächstes Jahr folgen.

Parallel zu diesen Arbeiten, welche auf der Ebene der Stadt gelaufen seien, habe sich der Stiftungsrat, der seit 1. Juli 2017 personell praktisch identisch mit dem Gemeinderat sei, sich mit möglichen Zwischennutzungen befasst. Mit mehreren potenziellen Zwischennutzenden seien Gespräche geführt worden. Dem Stiftungsrat sei die Belegung des Areals und eine sinnvolle Nutzung der Räumlichkeiten wichtig. Weitere Aussagen dazu seien im Moment aber noch nicht möglich, weil die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

■ **Frage von Stadtrat Beat Hasler (parteilos) zum Thema 2: Erstellung Kunstrasenfeld für den Fussball:**

Wie weit sind die Planungen für die Erstellung eines Kunstrasenfeldes für den Fussball in der Stadt Langenthal fortgeschritten?

■ **Antwort von Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):**

Der Gemeinderat verfolge eine Lösung für ein Kunstrasenfeld auf dem bestehenden Fussballplatz Rankmatte, was auch dem Wunsch des Fussballclubs Langenthal (FCL) entspreche. Zusammen mit dem FCL würden zurzeit die Rahmenbedingungen für ein Darlehen der Stadt besprochen. Sobald die Vertragsmodalitäten geklärt seien, werde dem Stadtrat – voraussichtlich Verlauf 2018 – ein entsprechender Antrag zur Beschlussfassung unterbreitet. Die Planung und die Erstellung eines Kunstrasenfeldes werde – wenn alles nach Plan laufe – danach dem FCL (Bauherr) obliegen. Die Stadt werde lediglich als Darlehensgeberin auftreten.

■ **Anschlussfrage** von Stadtrat Beat Hasler (parteilos):

Als Übergangslösung sei angedacht, im Gebiet Rankmatte für den Zeitrahmen von 10 Jahren bauliche Massnahmen zu treffen (beispielsweise: Unterlagsarbeiten), deren Wegfall nach Ablauf der Übergangszeit aber schade wäre.

Könnte über diese Frist hinaus nicht eine andere Nutzungsmöglichkeit ins Auge gefasst werden?

- **Antwort von Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):** Bislang seien keine anderen Nutzungsmöglichkeiten ins Auge gefasst worden. Der Rasenteppich werde nach 10 bis 12 Jahren ohnehin abgenutzt sein, wogegen die Unterlage aber natürlich langlebiger sei.

■ **Weitere Anschlussfrage** von Stadtrat Beat Hasler (parteilos):

Demgemäss müsste doch die Frage geklärt werden, ob sich Unterlage irgendeiner Form nützen liesse, wenn einmal kein Rasen mehr darauf ausgerollt werde? Ist dies der Fall?

- **Antwort von Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP):** Im Moment nicht, nein.

■ **Fragen von Stadtrat Urs Zurlinden (FDP) zum Thema 3: Theatersanierung ohne Isolierverglasung:**

1. *Aufgrund welcher Überlegungen wurde bei der Sanierung des Stadttheaters auf einen durchgehenden Ersatz der Fenster mit Isolierverglasung verzichtet?*
2. *Welche Mehrkosten hätte ein Ersatz aller Fenster zur Folge?*
3. *Wie ist dieser Verzicht mit dem Label der "Energistadt" Langenthal zu vereinbaren?*
4. *Ist der Gemeinderat bereit, nachträglich alle Fenster mit Isolierverglasung zu sanieren?*

■ **Antworten von Gemeinderat Pierre Masson (SP):**

1. Auf einen durchgehenden Fensterersatz mit Isolierverglasung sei aus Kostengründen verzichtet worden. Der Theatersaal im 1. Obergeschoss und die Büroräumlichkeiten im 2. Obergeschoss seien mit einem Fensterersatz mit Isolierverglasung versehen.
2. Mit Mehrkosten in der Höhe von ca. Fr. 100'000.00 wäre zu rechnen.
3. Das Label Energiestadt sei ein Leistungsausweis für Gemeinden, in denen eine nachhaltige kommunale Energiepolitik vorgelebt und umgesetzt werde. Energiestädte fördern erneuerbare Energien, umweltverträgliche Mobilität und setzen auf eine effiziente Nutzung der Ressourcen. Das Label «Energiestadt ®» sei ein prozessorientiertes Programm, in welchem Schritt für Schritt die energierelevanten Leistungen verbessert, die Verwaltungsprozesse weiter optimiert und das Engagement der Bevölkerung und der Wirtschaft verstärkt werden. Der Verzicht auf die Fenstersanierung im Stadttheater habe keine Auswirkung auf das Energiestadt-Label.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

4. Sanierungsarbeiten an städtischen Liegenschaften sei ein Teil der Aufgaben des Stadtbauamts. Zu gegebener Zeit (gemäss Erhaltungsmanagement) würden die Fenster im Stadttheater ohnehin zu sanieren sein. Die Kosten würden in die Investitionsplanung aufgenommen. Zurzeit seien diesbezüglich aber weder kurzfristig noch in den Folgejahren entsprechende Investitionen vorgesehen.

■ **Fragen von Stadtrat Gerhard Käser (parteilos) zum Thema 4: Ferienbetreuung von Schulkindern:**

Seit langer Zeit wird in Langenthal über die Ferienbetreuung der Tagesschulkinder diskutiert. Erste Lösungsansätze waren schon vor Jahren auf dem Tisch. Mittlerweile scheint das Thema aus dem Blickfeld der Stadt verschwunden zu sein. Die Schwierigkeit arbeitender Eltern, für 14 Wochen im Jahr eine Betreuung zu finden, ist aber grösser denn je.

1. *Wo ist dieses Projekt gelandet?*
2. *Wie wird dieses Projekt priorisiert?*

■ **Antworten von Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):**

1. Das in den Regierungsrichtlinien verankerte Geschäft befinde im Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) zur Bearbeitung.
2. Das Geschäft geniesse eine hohe Priorität. Geplant sei, dem Stadtrat das Geschäft im Jahr 2018 für eine weitere Beschlussfassung vorzulegen. Die Kostenübernahme durch den Kanton (Kostenteiler Stadt/Kanton) sei ein Thema, das momentan behandelt werde. Die Kostenfolge sei noch nicht ganz klar, weil diese im kantonalen Gesetz noch mit einer "Kann-Formulierung" versehen sei.

■ **Fragen von Stadtrat Michael Schenk (SVP) zum Thema 5: Chaotische Verkehrsverhältnisse (Informationspolitik):**

Im Moment wird sehr viel gebaut auf den Strassen in und um Langenthal, was zu chaotischen Verkehrsverhältnissen führt. Die Kunden die in Langenthal einkaufen wollen, sind verärgert, weil sie den Weg ins Zentrum nicht finden oder er ist hoffnungslos verstopft! Laut einer kleinen Umfrage (SVL) verzeichnen die Grossisten und die Detailhändler Einbussen von etwa 20%. Und verärgerte Kunden kommen auch nach Fertigstellung der Baustellen nicht so rasch zurück (Erfahrung aus anderen Gemeinden). Zudem stehen für den Detailhandel sehr wichtige Monate an.

1. *Wie stellt sich die Stadt dazu und welche Massnahmen werden in Zukunft getroffen (Informationspolitik zu Kunden, Detaillisten, Verkehrsteilnehmer)?*
2. *Welche Sofortmassnahmen können umgesetzt werden in Absprache mit dem SVL (Kreuzung Jurastrasse–St. Urbanstrasse bei Coop/Waldhofstrasse/St. Urbanstrasse beim Spital usw. Verkehrsdienst, Leitsystem)?*
3. *Gibt es die Möglichkeit ein Gratis-Parking und Gratis Ortsbus für eine befristete Zeit einzuführen (Dezember), um die Kunden in Langenthal zu behalten (Goodwillaktion). Denn ohne Kunden kein Detailhandel. Ohne Detailhandel auch keine Steuereinnahmen und weniger Arbeitnehmer und Arbeitgeber!*

■ **Antworten von Stadtpräsident Müller Reto (SP):**

1. Über grössere Projekte werde nach Stadtrats- oder Gemeinderatsbeschlüssen mittels Medienmitteilungen (Presse-Café oder Pressemitteilung) informiert. Der Ressortvorsteher informiere bei grösseren Projekten zusätzlich über den Baustart. Die betroffenen Nachbarschaften (Grundeigentümer, Mieter und Geschäftsbesitzer) würden per Infoschreiben mindestens ein bis zwei Wochen vor Baustart direkt bedient.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Auf den Internetseiten der Stadt (www.langenthal.ch und www.stadt-raum.ch) werde laufend über den Baustellenbetrieb informiert. Eine regelmässig nachgeführte Liste beschreibe das Bauvorhaben und den Zeitraum der Realisierung. Aufgelistet seien die städtischen Projekte und Bauprojekte, die in Zusammenarbeit mit dem Kanton und/oder mit den Industriellen Betrieben Langenthal kurz- bis mittelfristig umgesetzt werden.

2. Das Amt für öffentliche Sicherheit habe gestützt auf das Wissen und die Erfahrungen seiner Fachleute die bestmögliche Signalisation vorgenommen. Die SVL habe die Stadt nicht kontaktiert, weshalb bislang keine Absprache stattgefunden habe. Die meisten zusätzlich eingelangten Beschilderungsbegehren von einzelnen Firmen seien abgelehnt worden, weil sonst ein Schilderwald entstehen würde, der die schnelle Orientierung – insbesondere die der Autofahrenden – noch zusätzlich erschweren würde.

Zur Kreuzung Jurastrasse-St. Urbanstrasse bei Coop/Waldhofstrasse/St. Urbanstrasse halte er Folgendes fest:

- Die offizielle Umleitung führe wegen der Kapazität der Strasse über die Aarwangenstrasse-Onyx-Kreisel-Waldhofstrasse-St. Urbanstrasse und sei dementsprechend signalisiert.
- Ein Verkehrsdienst beim Coop-Jurastrasse (Mühleweg)/St. Urbanstrasse sei schlecht möglich, weil ein Stauraum zum Kreisel fehle.
- Zudem sei nicht klar, wer die Kosten für einen Verkehrsdienst übernehmen würde, was die Umkehrfrage zulasse, ob dies immer von der Stadt zu tun sei?

Weiter sei festzuhalten, dass die Hälfte der Bauzeit bereits durch sei. Die Stadtverwaltung habe "nur" von drei Gewerbetreibenden (via Mail an den Stadtpräsidenten) Reklamationen zur jetzigen Situation erhalten. Von Direktverkehrsbeteiligten oder von Anwohnenden seien keine Reklamationen eingegangen.

3. Der Stadtpräsident habe von Seiten des Detailhandels verschiedene und teilweise auch kreative Vorschläge erhalten, wie zusätzlich signalisiert werden könnte. Sämtliche Eingaben seien vom Amt für öffentliche Sicherheit geprüft worden. Eine zusätzliche Beschilderung sei beispielsweise mit "P UBS/Hübeli" vorgenommen worden. Ebenfalls gestützt auf eine Frage, sei abgeklärt worden, ob der verkehrsbefreite Teil der Marktgasse temporär für den motorisierten Individualverkehr freigegeben werden könnte. Die rechtliche Prüfung habe ergeben, dass dies unter Umständen für eine Zeit von maximal 60 Tagen per Stadtratsbeschluss möglich wäre. Da es sich um eine temporäre Anpassung in einer per Volkbeschluss gefassten Bestimmung handle, die aber der geltenden Überbauungsordnung nicht entspreche, da sie länger als 8 Tage dauern würde, müsste sie auch durch die verfügende Behörde (den Stadtrat) gefällt werden.

Die Stadt Langenthal unterstütze die Stadtvereinigung seit Jahren finanziell, indem sie sich im Umfang von maximal Fr. 3'000.00 an den Kosten des Gratisbusses beteilige. Der Gratisbus verkehre jeweils am Sonntag der Stürnewiehnacht und anlässlich des zweiten verkaufsoffenen Sonntags im Dezember. Diese Unterstützung sei auch dieses Jahr im Budget entsprechend vorgesehen.

In Bezug auf das Gratis-Parking merke er an, dass es wichtig sei, zwischen städtischen und privaten Parkplätzen zu unterscheiden. Zu Einnahmen, die mit privaten Parkplätzen erwirtschaftet werden, könne der Gemeinderat keine Auskunft geben. Auch könne die Stadt nicht über die privaten Parkplätze (z.B. alle auch öffentlichen Parkplätze in den Einstellhallen Langenthals) verfügen und demgemäss dort beispielsweise auch kein Gratis-Parking anordnen. Die Stadt Langenthal generiere im Jahr Einnahmen aus ihren eigenen bewirtschafteten Parkplätzen von ca. Fr. 800'000.00. Sollte die Parkplatzgebühr für die städtischen Parkplätze situativ nicht erhoben werden wollen, so müssten die Parkuhren eigentlich entsprechend umprogrammiert werden, wozu eine externe Fachperson beigezogen werden müsste. An den Sonntagen, wovon die Rede sei, hänge jedoch jeweils nur ein Zettelchen mit dem Text: "Heute müssen Sie nicht bezahlen!" an den Parkuhren.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Zudem sei es möglich, dass eine entsprechende Programmierung bei einzelnen Parkuhrmodellen aus technischer Sicht gar nicht mehr machbar wäre. Ausserdem sei zu bedenken, dass ein Gratis-parkieren auch "falsche" Anreize wecken könnte und zu erheblichem Mehrverkehr führen könnte, was die vom Fragesteller eingangs erwähnte verkehrliche Verstopfung erheblich verschlimmern könnte. An dieser Stelle empfehle er, den Velohauslieferdienst zu berücksichtigen.

Eine Baustelle stelle immer eine besondere Herausforderung dar. Gebaut werde im Rahmen der Etappe 2 mitten im Herz der Stadt an zwei Kreuzungen, wodurch insgesamt 7 Zufahrtsstrassen blockiert seien. Im Rahmen der Etappe 3 werde nur noch eine Kreuzung betroffen sein.

Für das Aufbringen von Toleranz, Geduld und Verständnis bezüglich der ausserordentlichen Situation, möchte er allen danken. Der Gemeinderat lasse so rasch wie möglich bauen, obwohl in Stammtischgesprächen offenbar andere Meinungen vertreten werden.

In aller Offenheit gebe er zu, bisweilen erstaunt zu sein, wie viel Energie darauf verwendet werde, der Stadt zu sagen, was noch alles getan werden könnte. In einer liberalen Stadt, wie Langenthal sei, dürfe er erwarten, dass Jede und Jeder sich überlege, was sie oder er dazu beitragen könnte, um das Einkaufserlebnis in dieser Zeit und insbesondere danach, für die eigenen Kundinnen und Kunden zu verbessern und diesbezüglich etwas mehr Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu zeigen. Von einem Sportgeschäft, das notabene von der Bauerei nicht direkt betroffen sei, habe er letzten Samstag einen netten Brief erhalten, worin sich nebst dem Dank für seine Treue auch ein Gutschein befunden habe, um ihn ins Geschäft zu locken. Beispiele um Anreize zu schaffen, gäbe es viele:

- Wie wär's beispielweise mit einem Baustellenverkauf?
- Wie wär's mit einem "Parkierstutz", den man seinen Kundinnen und Kunden schicken oder nach dem Einkauf in die Hand drücken könnte?
- Wie wär's mit "temporären" und durchgehenden Baustellen-Öffnungszeiten über den Mittag, damit es den 12'500 Arbeitsplätzen bzw. den Arbeitnehmenden möglich wäre, über den Mittag einkaufen zu können?

Weder der Detailhandel noch die Stadt alleine, werden die Krise der Verkaufsgeschäfte meistern können. Dass sich die kritische Situation durch die Baustellen noch weiter verschärfe, tue ihm persönlich leid. Es gelte miteinander und im Bewusstsein tätig zu sein, die Arbeitsplätze in der Stadt auch mit lokalen Einkäufen sichern zu können. Die Stadt sei bereit mitzumachen. Der Gemeinderat habe daher den Stadtpräsidenten in die gemeinsame Arbeitsgruppe der SVL und des Gewerbevereins entsandt. Zudem werde auch dem Detailhandel am diesjährigen Wirtschaftslunch (morgen Dienstag-Mittag, 24. Oktober 2017) eine grosse Plattform zur Präsentation seiner Themen geboten. Er hoffe auf eine grosse Zuhörerschaft aus dem Stadtrat und rufe dazu auf, doch bitte trotz und wegen der Baustelle im Dorf und nicht im Internet einzukaufen!

■ **Fragen von Stadtrat Janosch Fankhauser (SVP) zum Thema 6: Projekt Marktgasse 2022:**

Die Stadt hat sich zusammen mit dem SVL am Projekt Marktgasse 2022 beteiligt.

1. *Wie ist der Stand der Arbeiten und wie geht es weiter?*
2. *Wie weit sind die Planungen mit der Schaffung eines (Mister Langenthal) der die Projekte des Stadtmarketing koordiniert?*
3. *Mit hoher Priorität wurde das bezahlen der Parkgebühr bei wegfahren eingestuft (der Kunde bleibt so länger in der Stadt), wurden schon Abklärungen vorgenommen?*



■ Antworten von **Stadtpräsident Reto Müller (SP)**:

1. Die Arbeitsgruppe Retail (zusammengesetzt aus SVL, Gewerbeverein und Stadt) habe einen Bericht mit total 20 Massnahmen verabschiedet und darin zeitliche Prioritäten gesetzt. Die Präsentation und Veröffentlichung der ersten Abklärungsergebnisse und des Berichts finde am morgigen Wirtschaftslunch statt. Im Übrigen heisse das Projekt Marktgasse 2020 und nicht 2022.

Im Rahmen des morgigen Wirtschaftslunches werden auch die Massnahmen publik gemacht. 10 Massnahmen betreffen die Stadt, wovon 5 Massnahmen zur Priorität A gehören. Der Gemeinderat habe bereits letzten Mittwoch Massnahmen aus den Handlungsfeldern der Priorität A, die am morgigen Wirtschaftslunch ebenfalls öffentlich kommuniziert werden, diskutiert und den Beschluss gefasst, für einige Massnahmen, städtische Projekte zur Umsetzung ausarbeiten zu lassen. Es würde den Rahmen der heutigen Sitzung sprengen, die beschlossenen Massnahmen dem Rat jetzt zu kommunizieren. Ausserdem habe die Arbeitsgruppe, welche die Informationen explizit erst morgen herausgegeben wolle, die Hoheit über die Kommunikation. Weitere Massnahmen zu den Handlungsfeldern der Priorität B seien aktuell noch in Bearbeitung und werden dem Gemeinderat Anfang 2018 zum Beschluss vorliegen. Auch in diesem Fall halte sich der Gemeinderat an die Zeitvorgaben der Arbeitsgruppe Retail.

2. Im Rahmen des hängigen Postulates Steiner-Brütsch Daniel betreffend ein umfassendes und nachhaltiges Stadtmarketing werde die Frage nach einer neuen Stelle im Stadtmarketing noch umfassend geklärt werden müssen (Prüfbericht). Die Stelle einer Misses oder eines Misters Langenthal werde aber nicht auf die Stadt allein konzentriert sein. Der Punkt der verbesserten Koordination und des verbesserten Marketings aller Aktivitäten in Langenthal sei deshalb auch nicht der Stadt zugeschrieben worden und werde andernorts abgeklärt. Weitere Informationen dazu werden wie bereits mehrmals erwähnt, am morgigen Wirtschaftslunch zu hören sein.
3. Das Projekt der SVL identifiziere in der Tat ein Handlungsfeld zum Thema "Parking-Konzept". Das Thema sei jedoch der Priorität B zugewiesen. Der Gemeinderat werde sich zu Beginn des Jahres 2018 mit dem Thema eingehend befassen.

■ Fragen von **Stadtrat Pascal Dietrich (FDP)** zum Thema 7: **Oberstufenzentrum Kreuzfeld**:

Dem Vernehmen nach soll die Oberstufe an den Langenthaler Volksschulen im Rahmen der erweiterten Schulplanung in absehbarer Zeit im Schulzentrum Kreuzfeld zentralisiert werden. Man will also alle Jugendlichen Langenthals ab der siebten Klasse (sämtliche Langenthalerinnen und Langenthaler in der Pubertät) nur noch an einem einzigen Standort unterrichten.

1. *Ist ein entsprechender (definitiver) Entscheid bereits gefällt worden?*

Falls ja, von welchem Gremium und gestützt auf welche Rechtsgrundlagen?

Falls nein, welches Gremium wird den Entscheid fällen, wann wird dies voraussichtlich der Fall sein und gestützt auf welche Rechtsgrundlagen?

2. *Ist in irgendeiner Form beabsichtigt, den Stadtrat in den Entscheidungsprozess über diese für Langenthal bedeutsame Frage einzubinden?*

Falls ja, in welcher Form und in welchem Zeitraum?

Falls nein, aus welchem Grund nicht?



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

■ Antworten von Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):

1. Ja, der Entscheid sei mit Beschluss der Volksschulkommission vom 23. Mai 2017 – gestützt auf Art. 7 des Reglements über das Schulwesen der Stadt Langenthal vom 22. November 2004 – gefällt worden.
2. Nein, der Entscheid liege in der abschliessenden Kompetenz der Volksschulkommission. Weitere Entscheide zur Organisation der Sekundarstufe 1 seien nicht notwendig.

■ Fragen von Stadtrat Pascal Dietrich (FDP) zum Thema 8: Direkte IR-Züge Langenthal – Olten – Zürich:

Wie der Presse entnommen werden kann, bewirbt sich die BLS auch um die Konzession der Linie Bern-Burgdorf-Langenthal-Olten. Bekanntlich haben wir aktuell stündlich einen direkten Zug nach Zürich HB, und die Pendlerströme ab Langenthal fliessen fast zur Hälfte in diese Richtung. Aufgrund von Äusserungen der BLS ist zu vermuten, dass diese bei einer Konzessionsübernahme alle Züge nur noch bis Olten führen würden, so dass entsprechende Passagiere aus Langenthal in jedem Fall in Olten umsteigen müssten, was gerade zu den Hauptverkehrszeiten und für Pendler ein erheblicher Nachteil wäre.

1. *Wie beurteilt der Gemeinderat die dargelegte Ausgangslage?*
2. *Ist der Gemeinderat auch der Ansicht, dass Langenthal auch in Zukunft unbedingt über eine direkte IR-Verbindung nach Olten-Zürich HB verfügen muss?*
3. *Ist der Gemeinderat deshalb bereit, entsprechend Kontakt mit den Behörden Herzogenbuchsees und Burgdorfs aufzunehmen, um dieses Anliegen möglichst gemeinsam und schlagkräftig beim kantonal-bernerischen Amt für öffentlichen Verkehr und allenfalls auch beim Bundesamt für Verkehr vorzubringen?*
4. *Welche Massnahmen will der Gemeinderat ausserdem ergreifen, um das Ziel, auch längerfristig über direkte Züge nach Zürich zu verfügen, zu erreichen?*

■ Antworten von Stadtpräsident Reto Müller (SP):

1. Der Gemeinderat habe die in die Parlamentarische Fragestunde eingebrachten Fragen nicht beraten können. Aus Sicht des Stadtpräsidenten müsse die Frage der Konzessionen zwischen den SBB, den BLS und dem zuständigen Bundesamt geklärt werden. Gemäss einer heutigen Nachricht habe das Bundesamt für Verkehr (BVA) den Entscheid, wie die Konzessionen aufgeteilt werden sollen, um maximal zwei Jahre aufgeschoben, womit also momentan alles beim Alten bleibe. Allfällige Konsequenzen aus einer möglichen Fahrplananpassung bei einem Konzessionswechsel würden vom Gemeinderat via die Regionale Verkehrskonferenz zu gegebener Zeit beraten.
2. Der Gemeinderat setze sich selbstredend stets für optimale und verbesserte Verbindungen bestehender und neuer Linien und damit für eine gute Erschliessung mittels des öffentlichen Verkehrs für seine Bevölkerung ein. Zuständig sei aber die Regionale Verkehrskonferenz, welche dem Grossen Rat den Antrag für den jeweiligen Angebotsbeschluss des Kantons Bern stelle.
3. Diese Frage lasse sich ohne eine entsprechende Beratung im Gemeinderat nicht beantworten. Zum Zeitpunkt einer Änderung der Konzessionierung werde sie aber bestimmt nochmals an Bedeutung gewinnen.
4. Auch diese Frage lasse sich ohne eine entsprechende Beratung im Gemeinderat nicht beantworten. Der Stadtpräsident werde sich als Mitglied der Regionalen Verkehrskonferenz auch künftig im Rahmen der Angebotsbeschlüsse der Regionalen Verkehrskonferenz einbringen können. Vorstellbar wäre auch, dass der Stadtpräsident als Mitglied des Grossen Rates mittels eines breit abgestützten parlamentarischen Vorstosses in den Angebotsbeschluss eingreifen könnte.



■ **Fragen von Stadtrat Paul Bayard (SP) zum Thema 9: Gebiet Oberhard:**

Das Gebiet Oberhard wird durch die Entwicklung am ESP Bahnhof tiefgreifende Veränderungen erfahren. Zudem wird das Gebiet beim beschlossenen Bau der Umfahrung Aarwangen verkehrstechnisch unter Druck kommen. Stichwort Schleich- bzw. Ausweichverkehr.

1. *Wie lassen sich aus Sicht der Stadt die Bedürfnisse der Anwohner und der vorhandenen industriellen und gewerblichen Betriebe im Gebiet Oberhard so aufeinander abstimmen, dass einerseits das Bedürfnis der Anwohner nach Sicherheit und Ungestörtheit gewahrt bleibt, andererseits Industrie und Gewerbe freien Zugang zu ihren Produktions- und Umschlagplätzen haben?*
2. *Gibt es Ideen für ein umfassendes Verkehrsregime im Gebiet Oberhard und wie soll dieses aussehen?*
3. *Im Gebiet Oberhard hat es einige unbebaute biotopähnliche Flächen in der Zone für öffentliche Bauten (Zwischen der Klinik SGM und Pfadiheim). Hat man mittel- und langfristige Ideen für die Nutzung dieser Flächen?*

■ **Antworten von Stadtpräsident Reto Müller (SP):**

1. Die Problematik sei dem Gemeinderat bekannt. Anlässlich seiner Sitzung vom 30. August 2017 habe der Gemeinderat das Stadtbauamt mit der Ausarbeitung einer **Entwicklungsstrategie Hard**, begrenzt durch die Bern-Zürich-Strasse, die Aarwangenstrasse, die Hasenmattstrasse und die Bützbergstrasse, beauftragt. Ziel der Arbeit sei, verkehrstechnische Massnahmen, Entwicklungspotenziale und die gesellschaftlich bedeutenden städtischen Räume zu erkennen. Der Siedlungs- und Verkehrsrichtplan diene als übergeordnete Grundlage. Der vorgesehene Prozess folge dem Förderprogramm "Nachhaltige Entwicklung" des Bundes und sei diesem, gemäss dessen Vorgaben, zur Mitfinanzierung beantragt worden.
2. Eine Petition von Anwohnern fordere eine Zone Tempo 30. Die Prüfung eines solchen Verkehrsregimes erfolge mit der Ausarbeitung der Entwicklungsstrategie Hard (siehe Antwort zu Frage 1).
3. Der Siedlungsrichtplan sehe in diesen Zonen einen so genannten Grünfinger vor. Die Freiräume in diesem Bereich sollen erhalten und wo notwendig, aufgewertet werden. So soll im Verfahren (wie in Antwort 1 dargelegt) unter anderem auch geprüft werden, wie mit der im Areal befindlichen, heute nicht zugänglichen Kehr- oder Kiesgrube allenfalls gemäss den Vorgaben (Grünfinger) des Siedlungsrichtplans umgegangen werden könnte. Der Schwingfestweg soll gestalterisch aufgewertet werden und als grünraumgeprägte Verbindung der ökologischen Vernetzung dienend möglichst bis an den Bahnhof SBB herangeführt werden.

■ **Fragen von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP) zum Thema 10: Medien und Informatik im Lehrplan 21:**

Der Lehrplan 21 enthält erstmals ein separates Modul "Medien und Informatik". Die Schulung dieser Modulkompetenzen erfolgt einerseits in eigenen Unterrichtsgefässen. Andererseits sind Anwendungskompetenzen definiert, die in allen Fächern integriert und geschult werden. Vor diesem Hintergrund ergeben sich erhöhte Anforderungen an die ICT-Infrastruktur an den Schulen.

1. *Welche technischen Veränderungen sind an den Langenthaler Schulen notwendig, damit der Lehrplan 21 im Bereich "Medien und Informatik" umgesetzt werden kann?*
2. *Inwiefern ist das Dokument "Medien und Informatik in der Volksschule – Empfehlungen an die Gemeinden und an die Schulleitungen" der Erziehungsdirektion auch für die Weiterentwicklung der ICT-Infrastruktur an den Langenthaler Schulen richtungsweisend?*
3. *Wie stellt sich der Gemeinderat zur kantonalen Empfehlung, zukünftig vor allem mobile Endgeräte einzusetzen – zumal der Ersatz der aktuellen Geräte bald ansteht?*



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

■ Antworten von Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL):

1. Die Volksschule Langenthal überarbeite zurzeit das ICT-Konzept, aus dem die künftigen technischen Anforderungen unter Berücksichtigung des Lehrplans 21 abgeleitet werden.
2. Das Dokument sei bekannt und die Empfehlungen des Kantons werden bei der Erarbeitung des ICT-Konzepts berücksichtigt.
3. Diese Frage werde der Gemeinderat beantworten können, sobald das Konzept fertig überarbeitet und ihm vorliegend sein werde. Das Dokument befinde sich vorerst noch im ABiKuS (Fachbereich Bildung). Anschliessend werde es in der Volksschulkommission beraten, bevor es dem Gemeinderat und dann mit Sicherheit auch dem Stadtrat vorgelegt werde, weil für den Ersatz der Geräte wieder entsprechende Mittel benötigt werden.

■ Anschlussfrage von Stadtrat Daniel Steiner-Brütsch (EVP):

Wann ist mit einem Ersatz der fixen Schülergeräte durch mobile Endgeräte zu rechnen?

- Antwort von **Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL)**: Die IT der Stadt Langenthal sehe den Ersatz der Geräte sehr kurzfristig, weil diverse Wartungsverträge für die Geräte bald auslaufen werden. Ohne eine Prognose abgeben zu wollen, hege er die Vision, dass zumindest ein teilweiser Ersatz der Geräte noch in der laufenden Legislaturperiode möglich sein sollte. Persönlich sei er sich aber sicher, dass seine Tochter Cara (geb. 2017) bei der Einschulung ein mobiles Endgerät erhalten werde.

■ Fragen von Stadträtin Anita Steiner-Thaler (EVP) zum Thema 11: **Spielplatzkonzept – Spielplatzrealisierung:**

Am 20. August 2012 genehmigte der Stadtrat den Beschluss "Projekt zur Umsetzung des Spielplatzkonzepts". Hierfür wurde ein Gesamtkredit von Fr. 1,8 Mio. bewilligt. Das Projekt beinhaltet die Um- bzw. Neugestaltung von bestehenden Spielplätzen sowie die Erstellung dreier neuer Kinderspielplätze.

1. *Aus welchen Personen setzt sich die zuständige Fachgruppe, welche für die Sanierungsumsetzung der Spielplätze zuständig ist, zusammen?*
2. *Wurden vor den Sanierungsumsetzungen Spielplatz-Bedürfnisse aus der Bevölkerung oder einer interessierten Personengruppe eingeholt?*
3. *Nach welchen Kriterien werden neue Aufträge (Spielelemente, Spielplatzplaner etc.) vergeben und welche Firma erhielt für die bereits sanierten Spielplätze den Zuschlag?*
4. *Welche Beträge wurden für die jeweiligen Spielplatzsanierungen (Haldeli, Kreuzfeld, Rumipark) ausgegeben?*

■ Antworten von Stadtpräsident Reto Müller (SP):

1. Mitglieder der Projektgruppe für die Phasen Projektierung, Ausführungsplanung und Ausführung:
 - Scheibli Nathalie, Kindergärtnerin, Kindergartenleitung
 - Rentsch Jürg, stv. Schulleitung, Klassenlehrer
 - Hösli Barbara, TokJO
 - Häusermann Sabine, Elternrat und Quartiervertretung (Neugestaltung Kinderspielplatz Haldeli)
 - Scheibli Nathalie, Quartiervertretung (Sanierung Kinderspielplatz Rumipark)
 - Flükiger Armin, Quartiervertretung (Neugestaltung Kinderspielplatz Schulzentrum Kreuzfeld)
 - Zingg Hanspeter, Werkhofmeister
 - Krummen Gabriela, Projektleitung, Stadtbauamt



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

2. Ein Mitglied der jeweiligen Projektgruppe sei eine Vertretung des Quartiers gewesen. Dies seien folgende Personen:
 - Häusermann Sabine, Elternrat und Quartiervertretung (Neugestaltung Kinderspielplatz Haldeli)
 - Scheibli Nathalie, Quartiervertretung (Sanierung Kinderspielplatz Rumipark)
 - Flükiger Armin, Quartiervertretung (Neugestaltung Kinderspielplatz Schulzentrum Kreuzfeld)
3. Das jeweilige Spielplatzprojekt, in Zusammenarbeit mit der Projektgruppe, bestimme die Spielplatzelemente. Der Landschaftsarchitekt David Gadola von W+S Landschaftsarchitekten BSLA, Solothurn, habe die drei Projekte als Fachplaner von der Projektierung bis zur Übergabe begleitet.

Von folgenden Unternehmen seien die Spielelemente geliefert worden:
 - IRIS Spielwelten GmbH, Neudorf
 - LudoCrea.ch GmbH, Giswil
 - Ernst Maier Spielplatzgeräte AG, Altnau
 - Widmer Holz GmbH, Speicher
4. In den folgenden Kosten (inkl. MwSt.) seien sämtliche Projektierungs- und die Ausführungskosten eingerechnet:

■ Neugestaltung Kinderspielplatz Haldeli (grösster Kostenteil: WC-Anlage)	Fr.	275'000.00
■ Sanierung Kinderspielplatz Rumipark	Fr.	45'000.00
■ Neugestaltung Kinderspielplatz Schulzentrum Kreuzfeld:	Fr.	160'000.00

III Abstimmung: Keine.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Finanzamt – neuer Amtsvorsteher (Thilo Wieczorek)

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Der Gemeinderat habe nach Rücksprache mit dem Präsidium des Stadtrates die Erlaubnis, Herrn Thilo Wieczorek, der seit 1. Oktober 2017 dem Finanzamt vorstehe, die Gelegenheit zu geben, sich dem Rat präsentieren und vorstellen zu dürfen. Im Namen des Gemeinderates sei er dankbar und froh, dass nun alle Stellen der Amtsvorstehenden in diesem Jahr besetzt werden konnten. Als nächstes stehe die Pensionierung des Sozialamtvorstehers Adrian Vonrüti per 31. Dezember 2017 an. Thomas Eggler werde Adrian Vonrüti ab 1. November 2017 (fortlaufend) ersetzen bzw. das Amt ab 1. Januar 2018 alleine führen.

Thilo Wieczorek, Vorsteher Finanzamt: *"Sehr geehrter Herr Vize-Stadtratspräsident, sehr geehrte Stadträtinnen und sehr geehrte Stadträte, geschätzte Damen und Herren*

Ich freue mich, heute Abend die Möglichkeit zu haben, mich Ihnen persönlich vorstellen zu dürfen, so dass Sie einen Eindruck von mir als Person und von Ihrem neuen Finanzamtvorsteher gewinnen können.

Bevor ich Ihnen etwas über meinen beruflichen Werdegang erzähle, dürfte es Sie am meisten interessieren, wer vor Ihnen steht und was es mit meinem Namen aufsich hat.

Wie man unschwer hören kann, komme ich ursprünglich aus Deutschland. Sie haben also keinen Schweizer ins Amt gewählt, was – so denke ich – für die meisten von Ihnen auch kein Problem sein dürfte. Für Fragezeichen und Neugier sorgt wahrscheinlich das eine oder andere Mal mein Name.

Der Name liest sich schwieriger als man ihn ausspricht. Wieczorek. Mit der Herkunft des Namens ist es ebenfalls recht einfach. Der Name stammt ursprünglich aus Oberschlesien, das im heutigen Polen liegt. Einen direkten Ursprung habe ich dort allerdings nicht. Mein Grossvater väterlicherseits stammt ursprünglich aus Norddeutschland und dessen Vorfahren wiederum kamen so um 1880 aus Oberschlesien. Der harte Kern meiner Familie stammt aus der Gegend nördlich von Stuttgart und ist somit urschwäbisch.

Ich selbst bin in der Geburtsstadt des bekannten Dichters und Denkers Friedrich Schiller in Marbach am Neckar, nördlich von Stuttgart, geboren. Aufgewachsen und zur Schule gegangen bin ich in der Stadt Freiberg am Neckar. Freiberg am Neckar liegt wie Marbach im Einzugsgebiet nördlich von Stuttgart und ist grössentechnisch mit seinen knapp 16'000 Einwohnern mit Langenthal vergleichbar. Dadurch sind mir auch die Strukturen einer Stadt in dieser Grössenordnung vertraut und mir ist die Bedeutung des persönlichen Kontakts gut bekannt. Meine Familie ist dort seit Generationen verankert.

Im Jahr 1999 habe ich mit dem Abitur das Gymnasium abgeschlossen und anschliessend ein Jahr lang bei der Sozialstation in Freiberg am Neckar meinen Zivildienst absolviert. Engagiert habe ich mich dabei im Rahmen der Altenpflege und -betreuung.

Nach dem Zivildienstjahr habe ich an der Universität in Stuttgart-Hohenheim vier Semester Wirtschaftswissenschaften studiert. Im Jahr 2002 habe ich dann an die Hochschule in Pforzheim gewechselt und dort Betriebswirtschaft mit den Vertiefungen Controlling, Finanz- und Rechnungswesen weiterstudiert und im Jahr 2007 abgeschlossen.

Zusammen mit meinem langjährigen Partner bin ich direkt im Anschluss an das Studium in die Schweiz gezogen und habe hier meine berufliche Laufbahn im Universitätsspital in Basel begonnen. Als Controller in der Betriebsbuchhaltung war ich mit meinen Kollegen für die Kosten- und Leistungsrechnung, sowie für diverse Auswertungen des Spitals zuständig. Nach 3 ½ Jahren hatte ich die Möglichkeit, mich intern weiterzuentwickeln und ich bekam die Verantwortung für die Fonds- und Drittmittelbuchhaltung übertragen. Zusammen mit meinem Team betreute ich alle Forschungsgelder des Spitals mit einem damaligen Volumen von rund 90 Millionen Franken. Grosse Zahlen sind somit nichts Unbekanntes für mich.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

*Nach rund sieben Jahren wechselte ich im Jahr 2014 in das Departement Gesundheit und Soziales des Kantons Aargau in die Abteilung Gesundheit. Ich übernahm die Stelle als Leiter des Teams Finanzierung in der Langzeitversorgung und war mit meinem Team für die ganze Tarifiermittlung im Langzeitversorgungsbe-
reich sowie für die Abwicklung der Restkostenfinanzierung über die kantonale Clearingstelle verantwort-
lich.*

*Parallel dazu war ich aufgrund des Weggangs der Leiterin Finanzen ad interim für die Finanzen der gesam-
ten Abteilung zuständig. Nach einem Jahr wurde mir die Leitung der Finanzen in der Abteilung übertragen
und ich war fortan als Leiter Finanzen für sämtliche finanzrelevanten Prozesse zuständig – sprich Budget,
Endjahresprognose, Jahresabschluss, Eigentümergespräche mit den Spitälern, usw.*

*Seit 1. Oktober bin ich nun in Langenthal. Ich freue mich hier zu sein und dass mich der Gemeinderat als
Amtsvorsteher gewählt hat. Die ersten Wochen waren sehr vollgepackt mit vielen Informationen. Der herz-
liche Empfang und die professionelle Einarbeitung bestätigen mir, dass meine Entscheidung nach Lan-
genthal zu kommen, absolut richtig war.*

*Zur Stadt Langenthal selbst hatte ich bislang keinen wirklichen und direkten Bezug. Vielmehr waren es ein-
zelne Berührungspunkte aufgrund von Themen, die mir persönlich wichtig sind. Wie es im privaten Umfeld
ebenso ist, führen anfängliche einzelne Interessen zu einer langfristigen und soliden Verbindung. Dadurch
dass ich persönlich Interesse an Kunst und Möbeldesign habe, bin ich schon öfters am Designers' Sa-
turday gewesen. Mein Auto habe ich bei der Auto Langatun AG gekauft und der Stoff unseres Sofas zuhau-
se, ist von der Création Baumann. Von daher gesehen, habe ich so viele Bezugspunkte zu Langenthal, dass
ich letztendlich sagen kann, erfreut zu sein, endlich richtig in Langenthal angekommen zu sein.*

*Sehr geehrte Stadträtinnen und sehr geehrte Stadträte, abschliessend ist es mir wichtig festzuhalten, dass
ich meine Tätigkeit mit grossem Verantwortungsbewusstsein und seriösem Engagement ausübe, so dass
die Finanzen der Stadt Langenthal auch in Zukunft in sicheren Händen sein werden. Ich hoffe, dass ich Sie
langfristig nicht enttäuschen werde.*

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit."

(Applaus)

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 A. Eingereichte Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2017: Gelenkbusse als Massstab für ESP Bahnhof

Interpellationstext:

"Gelenkbusse als Massstab für ESP Bahnhof"

Der Gemeinderat wird ersucht, zu folgenden Fragen Auskunft zu geben:

- Wie sind die heute in Langenthal verkehrenden Busse (Liniennetz Stadt, Region Oberaargau) im Tagesverlauf und an den jeweiligen Wochentagen ausgelastet?
- Aufgrund welcher Studien/Prognosen wird eine massive Erhöhung des Busverkehrs im Rahmen des ESP Bahnhof gerechtfertigt?
- Ist eine Erhöhung der Transportkapazitäten zu den Stosszeiten nicht auch durch den gleichzeitigen Einsatz mehrerer Busse auf den entsprechenden Linien möglich?
- Welche Alternativen bestehen zum Einsatz von Gelenkbussen?
- Welche Entscheidungskompetenzen für das Verkehrsregime und folglich für die Bahnhofplatz-Gestaltung im Rahmen des ESP Bahnhof Langenthal hat die Regionale Verkehrskonferenz Oberaargau?
- Wie sind die Kompetenzen der Regionalen Verkehrskonferenz Oberaargau bezüglich städtebaulicher Entwicklung der Gemeinde Langenthal rechtlich und politisch legitimiert?
- Wie will der Gemeinderat einem möglichen Nein der Stimmberechtigten zum ESP Bahnhof vorbeugen?

Begründung: Anlässlich eines Rundganges und vertiefter Informationen seitens der Baubehörden über den Stand des ESP Bahnhof wurde bekannt, dass insbesondere die Gestaltung des Bahnhofplatzes Süd – die «Visitenkarte der Stadt» – zentral vom Busverkehr beeinflusst werde. In diesem Zusammenhang wurde in Aussicht gestellt, dass die Zahl der zum Bahnhof fahrenden Busse massiv erhöht werde, die Bushaltekanten verdoppelt würden und die Anschaffung von Gelenkbussen geplant sei. Der motorisierte Privatverkehr würde hingegen höchstens auf einen Einbahn-Verkehr reduziert.

Vor allem die neuen Gelenkbusse würden aufgrund ihrer deutlich grösseren Kurvenradien die Gestaltung des Bahnhofplatzes dominieren und keine anderen Lösungen erlauben als einen völlig ausgeräumten Wendepunkt. Zudem ist die berechtigte Forderung nach behindertengerechten Bushaltestellen nur mit baulich erhöhten Rampen lösbar – was wiederum die Platzgestaltung massiv beeinträchtigt. Unvorstellbar bleibt auch, wie die sperrigen Gelenkbusse während baulich bedingten Verkehrsbehinderungen und -umleitungen, wie sie zur Zeit bestehen, einigermassen flüssig durch die Stadt fahren würden.

Offenbar liegt der Entscheid zur Anschaffung der Gelenkbusse und damit direkt zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes Süd von Langenthal bei der Regionalen Verkehrskonferenz Oberaargau. Angesichts der Tatsache, dass die heute in Langenthal verkehrenden Busse von der Bevölkerung häufig als schlecht ausgelastet beurteilt und ausserhalb der Stosszeiten nur wenige Passagiere beobachtet werden, drängt sich ein Hinterfragen der geplanten Gelenkbusse auf. Im Bewusstsein des zunehmenden Stellenwertes des öffentlichen Verkehrs auf dem Stadtgebiet von Langenthal besteht die Gefahr, dass der Einsatz von Gelenkbussen und deren Auswirkungen auf die Bahnhofplatz-Gestaltung das ganze ESP Bahnhof gefährden könnte."

Urs Zurlinden und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates (Interpellation)**

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8 B. Eingereichte Interpellation Clavadetscher Diego (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2017: Revision der Kommissionsreglemente

Interpellationstext:

"Revision der Kommissionsreglemente

Dem Anschein nach laufen – ohne vorgängige Konsultation des entscheidkompetenten Parlaments – Vorbereitungen für die Überarbeitung von verschiedenen Kommissionreglementen.

In diesem Zusammenhang wird der Gemeinderat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Verfolgt der Gemeinderat bei der Revision der Kommissionsreglemente eine Gesamtstrategie? Falls ja, wie lautet diese?*
- 2. Hat sich der Gemeinderat im Rahmen des eingeleiteten Vorhabens Gedanken gemacht, diese Revision zu nutzen, um sich selbst zu entlasten (beispielsweise um dem Gemeinderat mehr Freiraum für strategisches Arbeiten zum Wohle der Stadt zu schaffen), indem er bestimmte Aufgaben ganz an die zuständigen Kommissionen delegiert?*
- 3. Sieht der Gemeinderat im Rahmen dieser von ihm initiierten Revision vor, die Aufgabenbereiche der Kommissionen in administrative (verwaltungsrechtliche) und politische Aufgaben zu gliedern und diese beiden Aufgabenbereiche unterschiedlich zu gestalten?*
- 4. Sieht der Gemeinderat im Rahmen dieser Revision vor, die Geheimhaltungspflichten der Kommissionsmitglieder im politischen Aufgabebereich der Kommissionen zu lockern, um so die politische Diskussion bereits in einem früheren Stadium zu ermöglichen und politische Entscheide breiter abzustützen?*
- 5. Sieht der Gemeinderat – im Sinne der bereits oben angesprochenen Entlastung – im Rahmen dieser Revision vor, den Kommissionen inskünftig im administrativen Bereich mehr Entscheidungskompetenzen einzuräumen?*
- 6. Prüft der Gemeinderat im Rahmen dieser Revision die Möglichkeit, wie dies in anderen Städten im Kanton Bern der Fall ist, bestimmte Kommissionen (beispielsweise – wie in der Gemeinde Köniz – die Finanzkommission) neu dem Stadtrat zu unterstellen?*
- 7. Wie sieht das Rechtssetzungskonzept aus, das heisst welche Aspekte der Kommissionarbeit sollen neu in welchen Erlassen geregelt werden?*

Begründung: Die Überarbeitung der Kommissionsreglemente stellt eine Chance dar, die historisch gewachsene Organisation der Gemeinde den heutigen Bedürfnissen der Stadt anzupassen. Dazu ist eine Gesamtstrategie erforderlich. Da die Anpassungen der erforderlichen Reglemente Beschlüsse des Stadtrats erfordern, erscheint es sinnvoll diesen früh einzubeziehen und zumindest – die hoffentlich bestehende – Gesamtstrategie zu kommunizieren, damit sich die Mitglieder des Stadtrats, die politischen Parteien und die Einwohnerinnen und Einwohner dieser Stadt frühzeitig Gedanken machen können."

Diego Clavadetscher und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ *Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.*



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



8 C. Eingereichte Interpellation Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 23. Oktober 2017: Lärm und Littering rund um den Güterbahnhof Langenthal

Interpellationstext:

"Lärm und Littering rund um den Güterbahnhof Langenthal

Nachdem die Firma Linea Fresca ihre Gebäulichkeiten verlassen hatte, sind am Sitzplatz neben dem Feuerwehrmagazin beim Güterbahnhof und später beim Rampenbereich zusehends unerwünschte Zustände festgestellt worden. Anwohner berichten, dass entlang der Abstellgleise Rennen gefahren würden. Personen würden gezielt die Dammstrasse mit massiv übersetzter Geschwindigkeit hoch- und wieder runterfahren. Bisweilen würde es im ganzen Quartier nach verbranntem Gummi riechen, zudem werde laute Musik abgespielt und Littering sei feststellbar. Motoren würden aufheulen und das manchmal bis in die Nacht hinein (vgl. zum Ganzen die beiliegende Dokumentation). Da das Areal des Güterbahnhofs höher gelegen ist als das Quartier, ist ein solcher Lärm auch weitherum zu hören. Anwohner, die direkt bei den Lärmverursachern reklamiert haben, sind offenbar sogar beschimpft worden. Die entsprechenden Zustände wurden der Polizei gemeldet, wobei leider keine bzw. jedenfalls keine dauerhafte Besserung erreicht werden konnte.

Die Klagen der Anwohner richten sich ausdrücklich nicht gegen bisweilen auftretende Geschwindigkeitsübertretungen, wie man sie auch sonst in Quartieren feststellt, und welche für sich genommen noch keine relevant erhöhte Gefährdung schaffen. Es geht vielmehr darum, dass der Perimeter am Güterbahnhof offenbar bewusst als Austragungsort für Rennen missbraucht wird und dass die Gebote der Ruhe und Ordnung nicht respektiert werden (Lärm/Littering).

Vor diesem Hintergrund sind folgende Fragen an den Gemeinderat angezeigt:

- 1. Sind der Stadt die Zustände rund um den Güterbahnhof (Lärm/Littering) bekannt? Ist der Stadt zudem bekannt, dass in diesem Perimeter Rennen veranstaltet werden bzw. dass dort gezielt mit massiv überhöhter Geschwindigkeit gefahren wird?*
- 2. Was macht die Stadt generell gegen die in Ziff. 1 genannten Zustände? Hat sie der Kantonspolizei im Rahmen der vertraglichen Beziehungen Hinweise oder Weisungen erteilt, im besagten Perimeter verstärkt zu intervenieren?*
- 3. Wie beurteilt der Werkhof die Situation (Reinigen des öffentlichen Platzes)?"*

Patrick Freudiger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt gemäss Art. 38 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

- Gemeinderat

¹ **Art. 38 Geschäftsordnung des Stadtrates** (Interpellation)

³ Der Gemeinderat beantwortet die Interpellation bis zur übernächsten Ratssitzung. Die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident kann die Antwortfrist angemessen verlängern.



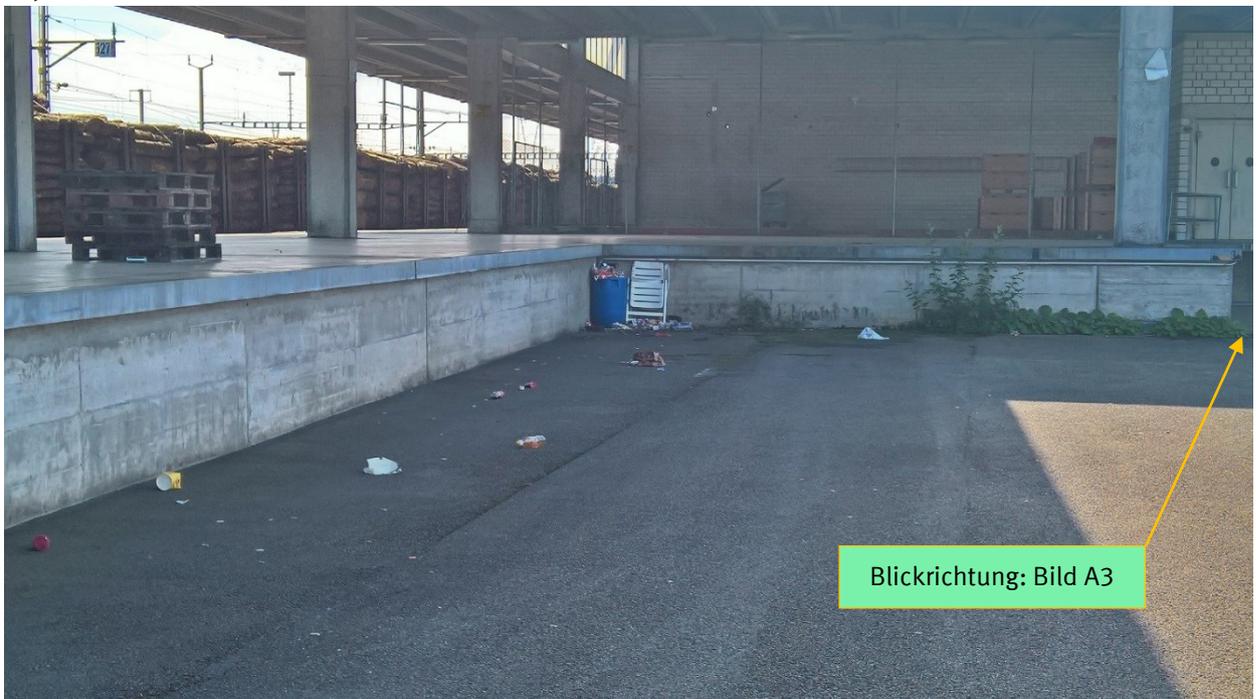
Bilder herumliegender Abfall vom 03.09.2017 17:10 Uhr, Güterbahnhof, Dammstrasse 2

A1)



Überdachter Rampenbereich: Hier werden die Treffen der «BMW M3 und Mercedes Coupé Fraktion» bei Regen oder in der Nacht abgehalten (Die Rampenbeleuchtung gibt Licht). Den Unrat lässt man liegen.

A2)



Der Abfalleimer quillt über, das stört keinen, man wirft den Abfall halt daneben.
(Die SBB leeren den Abfalleimer sicher nicht. Das Stadtbauamt wohl auch nicht. Der steht auf dem Grundstück der SBB).



A3)



Sogar Plastikstühle werden dort entsorgt. Da sitzt sicher keiner mehr drauf, so wie das aussieht.

A4)



Ein Anziehungspunkt auch für diverse Tiere: Füchse, Marder etc. Anschliessend streunen diese Tiere dann durch die Gärten.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung von Montag, 23. Oktober 2017

A5)



Sitzplatz neben dem Feuerwehrmagazin beim Güterbahnhof: Ist sauber aufgeräumt, weil die Mitarbeiter des Stadtbauamtes regelmässig den Müll wegräumen. Es riecht aber penetrant nach Urin!
Hier werden fast jeden Abend Treffen abgehalten mit Motorenlärm, Musik und Gegröle.

A6)



Seit der vergangenen Woche wurde hier die «Rennstrecke» in Richtung der Abstellgleise mit Absperrband abgesperrt. Keine Ahnung wer dies veranlasst hat. Die Treffen finden aber trotzdem statt.



9. In eigener Sache

Vize-Stadtratspräsident Urs Zurlinden (FDP):

Dass er die Sitzung bereits beenden könne, sei nur deshalb möglich, weil er von Ruth Trachsel und Janine Jauner ein perfektes Drehbuch vorgelegt erhalten habe, wofür er sich bedanke.

Die nächste Stadtratssitzung finde am 27. November 2017 statt.

Mit dem besten Dank an alle für das Engagement erkläre er die Sitzung um 21.00 Uhr für geschlossen.



Dekoration: Blumen Schenk, Langenthal